



Humanistischer Verband Deutschlands e.V
Wallstr. 65
10179 Berlin

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

28.04.2019

Sehr geehrte Frau Lahmann,

hier unsere Antworten zu Ihren Fragen im Rahmen der Europawahl 2019:

1. RECHTSSTAAT UND DEMOKRATIE WAHREN

1. Werden Sie darauf hinwirken, einen permanenten Mechanismus zum Monitoring demokratischer Strukturen und Prozesse in den Mitgliedsstaaten zu etablieren?

Ja

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass EU-Mittel generell nur noch an Empfängerländer ausgezahlt werden, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wahren?

Ja

3. Werden Sie einfordern, dass sich Staaten, die Rechtsordnung und Menschenrechte verletzen, vor Gericht verantworten müssen?

Ja

2. ZIVILGESELLSCHAFT ALS TRÄGER EUROPÄISCHER WERTE

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sowohl nationale säkulare zivilgesellschaftliche Organisationen wie auch ihre EU-Netzwerke, die sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stark machen, besser gefördert werden?

Ja

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**
Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

**Bankverbindung:
GLS**

Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

2. Was werden Sie für die Verbesserung des Dialogs der EU-Institutionen mit der Zivilgesellschaft gemäß Artikel 11 des EU-Vertrags beitragen?

Anders als bisher beispielsweise bei der Aushandlung von Handelsverträgen oder der Urheberrechtsrichtlinie wollen wir transparente Beratungen gemäß den Vorschlägen von Lobbypedia und Transparency International. Darüber hinaus muss für ein ausgewogenes Verhältnis von allen Interessengruppen in derartigen Verhandlungen gesorgt werden. Wir sehen die entsprechenden Punkte in Artikel 11 in keiner Form als ausreichend umgesetzt.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Insbesondere die Bedingungen für die Anerkennung einer Europäischen Bürgerinitiative müssen wesentlich freundlicher für die Zivilgesellschaft geregelt werden.

3. Werden Sie sich für die Benennung eines Beauftragten oder Kommissars für zivilgesellschaftliche Angelegenheiten einsetzen?

Ja

3. EIN UNPARTEILICHES SÄKULARES EUROPA

1. Was werden Sie tun, um die Unparteilichkeit Europäischer Institutionen zu gewährleisten?

Piraten fordern die konsequente Trennung von Kirche und Staat. Dies muss bei allen Europäischen Institutionen gewährleistet werden können. Infolgedessen braucht es eines wirklich aussagekräftiges und in allen Beziehungen nachvollziehbares Lobbyregisters, das sowohl die Kontakte der Abgeordneten, ihrer Mitarbeiter und die Mitarbeiter europäischer Institutionen aufzeigt.

2. Werden Sie für mehr Transparenz zu den einzelnen Interessensgruppen und deren Finanzierungsquellen eintreten?

Ja

3. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Situation wie auch die Beteiligung von Menschen ohne religiöses Glaubensbekenntnis in Europa und der Welt zu verbessern?

Ja

4. GEDANKENFREIHEIT FÜR ALLE VERTEIDIGEN

1. Welche Maßnahmen zum Schutz von Nicht-Gläubigen in Europa und weltweit werden Sie umsetzen?

Alle Menschen sind gleich, ob mit oder ohne Religion. Auf dieser Basis handeln Piraten. Sucht jemand aufgrund der Ablehnung eines staatlich

gewünschten Glaubens, muss dies genauso als Asylgrund anerkannt werden, wie das Bekenntnis zu einem Glauben, der nicht in dem entsprechenden Land erlaubt ist.

2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die EU-Richtlinien zu Glaubens- und Religionsfreiheit effektiv umgesetzt werden?

PIRATENPARTEI
Deutschland

Wo es innerhalb der EU noch Gesetze gibt, die diese wie jegliche Grundrechts-Richtlinien nicht umsetzen, müssen diejenigen unterstützt werden, die juristisch wie politisch dagegen vorgehen. So ist es beispielsweise das kirchliche Arbeitsrecht in Deutschland, was angepasst werden muss. Dass dies noch immer das allgemeine Arbeitsrecht beschneidet, ist nicht hinnehmbar.

5. MEINUNGSFREIHEIT VERTEIDIGEN

Werden Sie gegen die Kriminalisierung religionskritischer Äußerungen als „Blasphemie“ oder „Beleidigung religiöser Gefühle“ in Europa und der Welt eintreten?

Ja

6. FREIE UND PLURALISTISCHE MEDIEN

1. Werden Sie sich für die Implementierung eines systematischen Monitorings von Pressefreiheit, Medienpluralismus und -konzentration in jedem EU-Mitgliedsstaat einsetzen?

Ja

2. Was werden Sie tun, um die Sicherheit von Journalist*innen und Whistleblowern zu verbessern?

Um Whistleblower zu schützen, muss es zu allen öffentlichen Bereichen wie auch für den privaten Sektor unabhängige Stellen geben, bei denen Missstände anonym gemeldet werden können. Für deren Einrichtung setzen wir uns ein.

Journalist*innen müssen wirksam vor jeglicher Art der staatlichen Überwachung geschützt sein. Insbesondere Maßnahmen wie Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchungen, Staatstrojaner und ähnliche Eingriffe in Datensysteme müssen allgemein unterbleiben, da diese Techniken kaum unterscheiden können, in welcher Funktion die zu überwachende Person gerade aktiv ist.

Für beide Gruppen muss das so genannte Darknetz und die verschlüsselte Kommunikation weiterhin möglich sein.

3. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Medienkompetenz der EU-Bürger*innen verbessern und gegen Falschinformation (Fake News) vorgehen?

Medienbildung ist der Schlüssel. Hier muss bereits in der Kindheit der Grundstein gelegt werden, wahre von falschen Inhalten zu unterscheiden, Berichterstattungen zu hinterfragen und sich aus unterschiedlichen Quellen zu informieren. Dies ist natürlich etwas, was auch noch in späterem Alter erlernt werden kann.



7. WAHLFREIHEIT GEWÄHRLEISTEN

1. Werden Sie sich für den uneingeschränkten Zugang zu kostenfreien bzw. kostengünstigen Verhütungsmitteln, zu legalem Schwangerschaftsabbruch für ungewollt Schwangere, für Sexualerziehung an öffentlichen Schulen und Gesundheitsversorgung für Mütter in allen Mitgliedsstaaten einsetzen?

Ja

2. Werden Sie sich für die Legalisierung von Suizidbeihilfe sowie für das Recht auf Würde und Selbstbestimmung am Lebensende einsetzen?

Ja

8. FÜR EINE GESELLSCHAFT EINTRETEN, DIE ALLE MENSCHEN WERTSCHÄTZT

1. Welche Maßnahmen umfasst Ihr Aktionsplan zur Erlangung von Gleichstellung der Geschlechter?

Auch hier gilt, wo es Regelungen gibt, die dies nicht garantieren, sind entsprechende Initiativen zu unterstützen. Ziel ist, etwas wie das deutsche "Allgemeine Gleichstellungs-Gesetz" europaweit zu verankern und neben der Arbeitswelt auf alle Bereiche des Lebens auszuweiten.

Werden Sie die Beteiligung von Frauen auf allen Stufen der EU-Institutionen einfordern und sich für die Ratifizierung des Istanbul-Abkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in allen Mitgliedsstaaten einsetzen?

Ja

2. Was werden Sie gegen die Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität und -ausdruck und für den Schutz der Personengruppe der LGBTI* in allen Mitgliedsstaaten tun?

Wir stehen für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik und diese muss bereits bei der frühen Bildung beginnen. Deshalb setzen wir uns für umfangreichen Sexualkunde- und Ethikunterricht, sowie Aufklärungsarbeit ein, die verschiedene Lebensstile gleichberechtigt präsentieren.

Hier müsste über den für Bildung und Kultur zuständigen EU-Kommissar Tibor Navracsics aus Ungarn ein Richtlinienentwurf in das EU-Parlament eingebracht werden, der inhaltliche Vorgaben für die Aufstellung entsprechender nationaler oder wie in Deutschland bundeslandspezifischer Bildungs-Gesetze macht. Leider gehört dieser einer Partei an, die - vorsichtig gesagt - ausgesprochen konservativ ist.



9. SOZIALE GERECHTIGKEIT UND FAIRNESS

1. Wie lautet Ihr Maßnahmenplan im Kampf gegen ökonomische Ungleichheit und Sozialdumping?

Ein erster Schritt wäre die europaweite Einführung von Mindestlöhnen. Branchenspezifische Abstufungen sind dabei zu vermeiden. Bei dauerhaftem Bezug muss ein Einkommen erzielt werden, was im Alter dazu führt, neben den regulären Altersbezügen keine weiteren staatlichen Leistungen in Anspruch nehmen zu müssen, um ein Leben in Würde und Teilhabe führen zu können. Langfristig wollen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen europaweit einführen, um damit auch Arbeitnehmenden die Möglichkeit zu bieten, sich ihre berufliche Tätigkeit nach der Höhe des daraus zu erzielenden Einkommens wählen zu können. Dies würde zu einem Anstieg der Löhne in den bislang noch gering bezahlten Bereichen führen, die nach wie vor bewirtschaftet werden müssten.

2. Werden Sie konsequent gegen Steuerhinterziehung und -betrug eintreten?

Ja

3. Werden Sie sich für die Einführung von fairen Mindestlöhnen in der gesamten EU einsetzen?

Ja

4. Werden Sie dafür eintreten, dass die in der Proklamation der europäischen Säule der sozialen Rechte festgelegten zwanzig Grundsätze von 2017 in allen Mitgliedsstaaten implementiert werden?

Ja

10. SÄKULARE UND ÖFFENTLICHE BILDUNG

Mit welchen Maßnahmen im Bildungsbereich möchten Sie EU-Bürger*innen befähigen, Ihr Leben und die Gesellschaft kompetent zu gestalten?

Indem wir die konsequente Trennung von Staat und Kirche auch im Bereich der Bildungseinrichtungen einfordern und vorantreiben, sodass ausschließlich wissenschaftlich fundierte Inhalte vermittelt werden.

11. WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass religiöse Dogmen aus der europäischen Wissenschaft und Forschung herausgehalten werden, vor allem aus der Stammzellenforschung?

Ja

PIRATENPARTEI
Deutschland

2. Wie werden Sie sicherstellen, dass Forschung und Innovation von den Maßstäben des allgemeinen Interesses und nicht allein von ökonomischen Kriterien geleitet wird?

Hinsichtlich der universitären Forschung sind direkte Eingriffsmaßnahmen wie die ausreichende finanzielle Ausstattung ohne Rückgriff auf Drittmittel nehmen zu müssen, möglich. Auch lassen sich mit Festlegungen wie einer allgemeinen Zivilklausel oder einer nur noch stark eingeschränkten Möglichkeit bei Tierversuchen oder der allgemeinen Einführung von Vetorecht besitzenden Ethikkommissionen viele ökonomisch geprägte Forschungsvorhaben verhindern.

3. Wie lautet Ihr Maßnahmenplan in Bezug auf den Umgang mit (neuen) Technologien, zum Beispiel Künstliche Intelligenz (KI)? Wie möchten Sie dafür sorgen, dass technologische Entwicklungen nicht außer Kontrolle geraten, missbraucht werden oder zur Verletzung von Grundrechten führen?

Die Europäische Charta für Forscher, auch Charta der Wissenschaft genannt muss in Verbindung mit der Mitteilung der EU-Kommission "Künstliche Intelligenz für Europa" weiterentwickelt und um die zwischenzeitlich erkannten Problempunkte bereinigt werden, sodass die Beherrschbarkeit der technologischen Entwicklung gegeben ist bzw. eingeführt wird. Dabei ist insbesondere die Technikfolgenabschätzung zu beachten, die sich in der Vergangenheit bspw. in der Atomkrafterzeugung als nicht ausreichend berücksichtigt erwiesen hat.

12. EINE SOLIDARISCHE UND VERANTWORTUNGSVOLLE IMMIGRATION- UND ASYLPOLITIK

1. Welche Ziele verfolgen Sie in der nächsten Legislaturperiode im Bereich Immigrations- und Asylpolitik?

Hinsichtlich der Migration fordern wir:

- Eröffnung legaler Zuwanderungswege in den europäischen Arbeitsmarkt
- Berücksichtigung von Sprach- und anderen -kenntnissen
- Anerkennung erworbener Zertifizierungen und Berufsqualifikationen in einem vereinfachten Verfahren
- es den Mitgliedsstaaten ermöglicht, ihre Anforderungen entsprechend ihrer Situation und ihren Bedürfnissen festzulegen

Im Punkt der Asylpolitik fordern wir neben den unter 12.3 gemachten Ausführungen:

- Ausweitung der Asylgründe auf Flucht vor Diskriminierung, Klima- und Umweltkatastrophen, aufgrund Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder wegen Existenzbedrohung durch Armut und Hunger
- Abschaffung pauschaler Kategorisierungen von Staaten als „sichere Herkunftsländer“
- Schaffung sicherer Überfahrtmöglichkeiten
- Abschaffung der Agentur für Grenz- und Küstenschutz (ehemals FRONTEX)
- Abschaffung der Drittstaatenregelung
- Abschaffung der Inhaftierung von Asylsuchenden
- Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention
- Schaffung von Perspektiven für Menschen ohne Aufenthaltsstatus
- Realisierung des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben
- Abschaffung des Einsatzes von Drohnen gegen Menschen

2. Mit welchen Mitteln möchten Sie eine gerechte Verteilung und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten sicherstellen?

Es bringt nichts, Staaten die Aufnahme von Geflüchteten aufzuzwingen, wenn deren Regierung oder Bevölkerung keine Willkommenskultur ausüben. Allerdings halten wir es für gerechtfertigt, in solchen Fällen Ausgleichszahlungen an die Staaten zu leisten, die Geflüchtete in überproportionaler Zahl aufnehmen.

3. Wie kann eine sichere und legale Einreichung eines Asylantrags ermöglicht werden?

Durch die Möglichkeit der Stellung von Asylanträgen außerhalb Europas mit gleichem Rechtsschutz und auf einem Niveau, wie in dem Land, wo Asyl gewährt werden soll.

Was ist aus Ihrer Sicht zu tun, um komplexe Fälle wie Asylgesuche von LGBTI*-Menschen oder Atheist*innen angemessen zu behandeln?

Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. Wenn solche Verfolgung im Herkunftsland offiziell oder inoffiziell von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite betrieben wird, muss sie als Asylgrund anerkannt werden.

Dies gilt gleichermaßen für die Verfolgung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe, wie auch dann, wenn Nicht-Religiosität verfolgt wird.

4. Welche Möglichkeiten wollen Sie darüber hinaus für langfristige Zuwanderung jenseits von Flucht und Vertreibung schaffen?

Hinsichtlich der Migration fordern wir eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik, die

- legale Zuwanderungswege in den europäischen Arbeitsmarkt eröffnet
- Sprachkenntnisse und andere Kenntnisse der Bewerber positiv berücksichtigt
- erworbene Zertifizierungen und Berufsqualifikationen in einem vereinfachten Verfahren anerkennt
- es den Mitgliedsstaaten ermöglicht, ihre Anforderungen entsprechend ihrer Situation und ihren Bedürfnissen festzulegen

PIRATENPARTEI
Deutschland

13. EIN STARKES EUROPA FÜR FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

1. Wie möchten Sie die Verfahren der Beschlussfassung der EU in der Außenpolitik effektivieren? Werden Sie sich für die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat einsetzen?

Ja, wir halten das Einstimmigkeitsprinzip für ein großes Hemmnis auf dem Weg zu einem wirklich auf internationaler Ebene einflussreichen Europas, dass sich für die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten stark macht. Denn solange diese Rechte nicht einmal in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Realität sind, ist in diesen Fragen keine Einstimmigkeit zu erwarten. Einzig im Einsatz von Militär halten wir das Einstimmigkeitsprinzip weiterhin für angemessen.

2. Werden Sie sich dafür stark machen, Europa zu entwaffen und die Verbreitung von Waffen zu bekämpfen?

Wir PIRATEN fordern höhere Transparenz-Standards bei der Genehmigung des Exportes von Rüstungsgütern. Wir fordern außerdem, keine staatlichen Bürgschaften für Rüstungsexportgeschäfte zu gewähren. Die Vergabe von Produktionslizenzen für Rüstungsgüter an Unternehmen in Staaten außerhalb der Europäischen Union ist generell zu verbieten.

Langfristig streben wir ein Exportverbot von militärischen Rüstungsgütern in Länder außerhalb der EU an. Bis zum Erreichen dieses Ziels muss der Weiterverkauf der aus Deutschland exportierten Waffen an Drittländer unterbunden werden.

Für die Länder der Europäischen Union gibt es keine realistischen Gefahren, dass sie von außen angegriffen werden. Die Europäische Union soll unserer Meinung nach mit deutlichen Abrüstungsschritten weltweit richtungsweisend werden.

14. SOLIDARITÄT MIT KÜNSTLIGEN GENERATIONEN: KLIMAWANDEL UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

1. Werden Sie sich für die vollständige Umsetzung des Pariser Abkommens zum Klimaschutz engagieren?

Ja. Das Pariser Abkommen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5° C über dem vorindustriellen Niveau muss umgesetzt werden. Die notwendigen Konzepte und Technologien zur Erreichung des Klimaschutzzieles wurden entwickelt. Wir fordern, die Voraussetzungen für den Einsatz dieser Technologien als rechtlich bindend festzuschreiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU bis zum Jahr 2030 sogar mindestens 60% des Treibhausgasausstoßes im Vergleich zum Jahr 1990 reduziert.

PIRATENPARTEI
Deutschland

2. Wie sind Ihre Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und weltweit? Werden Sie sich für den Schutz von Biodiversität, die Verbesserung von Luft-, Wasser- und Lebensmittelqualität sowie nachhaltige Mobilität einsetzen?

Bestandteil des Leitbilds der PIRATEN und verankert in unserem Grundsatzprogramm. Der Einsatz für Bildung für alle, die Gleichstellung aller Geschlechter, Transparenz des staatlichen Handelns und viele weitere der UN-Nachhaltigkeitsziele prägen die Politik der PIRATEN auf allen politischen Ebenen, von den Kommunen bis nach Europa.

Auf unserem Bundesparteitag im März haben wir z.B. die Achtung der nachhaltigen Entwicklung als unsere Bedingung für die Unterstützung zukünftiger Handelsabkommen beschlossen. Kein Vertrag soll ratifiziert werden, der die Umwelt negativ beeinflusst. Zudem wurde die Verpflichtung der europäischen PIRATEN erklärt, die "Agenda 2030" der Vereinten Nationen umzusetzen und die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU voranzubringen.

3. Wie ist es Ihrer Meinung nach zu schaffen, mehr staatliche und private finanzielle Ressourcen zur Erfüllung der 17 Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu mobilisieren?

Neben der schon genannten Verknüpfung der Achtung der Nachhaltigkeitsziele als Bedingung für zukünftige Handelsabkommen der EU sollen auch die Subventionen für die Landwirtschaft eine große Rolle spielen und als Hebel wirken: Wir wollen eine gemeinsame Agrarpolitik, die die naturgegebene und kulturelle Vielfalt fördert. Wir sind überzeugt, dass Vielfalt in der Nahrungsmittelgewinnung, angepasst an örtliche Bedingungen, in der Hand von vielen unabhängig und selbstbestimmt Handelnden Ernährungssicherheit und Lebensqualität in den Städten und im ländlichen Raum sicherstellen wird. Die Rolle der Subventionen in der europäischen Landwirtschaftspolitik bedarf daher der Änderung, denn sie muss auf mehr Vielfalt und Gerechtigkeit ausgerichtet werden. Subventionen können nur im Einklang mit Nachhaltigkeitskriterien garantiert werden.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

PIRATENPARTEI
Deutschland

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.
